



Schäuble verhindert mit seinen Bedrohungsszenarien Integration von Muslimen

Pressemitteilung von Bodo Ramelow, 05. Februar 2007

Zu den heute veröffentlichten Äußerungen des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, die wachsende Zahl der Menschen in Deutschland, die zum Islam konvertieren "habe durchaus etwas Bedrohliches", erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und religionspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE., Bodo Ramelow:

Die Äußerungen des Innenministers verstärken einen Trend, zu dem leider auch einschlägige Stellen des EKD-Textes "Klarheit und gute Nachbarschaft" vom November vergangenen Jahres beigetragen haben: Die muslimische Minderheit in Deutschland wird stereotypisiert und unter Generalverdacht gestellt.

Schäuble verstellt mit seinen Bedrohungsszenarien jegliche Chancen auf einen offenen und gleichberechtigten Dialog. Anstatt klar auf die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus hinzuweisen, wird hier bewusst die Angst vor dem Islam als Sinnbild einer diffusen Gefahr geschürt.

Richtig wäre, endlich deutlich zu sagen, dass es eine Mehrheit unter den Muslimen in Deutschland gibt, die die Werte des Grundgesetzes respektieren und schätzen. Egal ob man dabei vom Euro-Islam, von einem "aufgeklärten" Islam oder einfach vom Islam in Deutschland spricht - es muss anerkannt werden: Der Großteil der hier lebenden Muslime hat es geschafft, die Werte des Islams mit den Werten des Grundgesetzes und der Aufklärung zu verbinden. Die einzige "Bedrohung", die von diesen Menschen ausgeht, ist, dass sie unsere Kultur bereichern und an deren Weiterentwicklung teilhaben. Diese Muslime sind Bürger in der deutschen Gesellschaft.

Dass es trotzdem einen Teil der muslimischen Minderheit gibt, deren Integration noch nicht gelungen ist, kann niemand bestreiten. Fraglich ist nur, ob durch das Gerede von "bedrohlichen Konvertiten" nicht erst zur Entwicklung so genannter "Parallelgesellschaften" beigetragen wird. Herr Schäuble betreibt Ausgrenzung anstatt Integration.

Es sind Islamisten, die das Konvertieren von Muslimen zum Christentum unter Strafe stellen und es sind auch Islamisten, die dänische Flaggen verbrennen, weil sie die Meinungsfreiheit nicht achten und einen karikierten Propheten nicht ertragen. Wenn aber die deutsche Reaktion weiter in eine ähnlich Richtung geht, indem Lehrerinnen das Tragen des Kopftuches verboten und eine steigende Zahl von Konvertiten zum Islam "bedrohlich" genannt wird, kann der Graben nur tiefer und die Verständigung nur schwieriger werden. Offenheit ohne Blauäugigkeit ist gefordert.

Jede Form von religiösem Fundamentalismus, die sich intolerant und bevormundend gibt, ist abzulehnen, denn die Freiheit des Glaubens ist unverletzlich - so garantiert es das Grundgesetz. Um diese Freiheit zu

verteidigen, brauchen wir aber vor allem eins: Eine differenzierte Betrachtung.